

türkei infodienst

NR. 51

ERSCHEINT 14-TÄGIG

13.3.1983

Wirtschaft

Cumhuriyet vom 10.3.1983

Unser Außenhandelsdefizit verringerte sich in 2 Jahren um 40%

Das Außenhandelsdefizit betrug im Jahre 1980 5 Milliarden Dollar. Mit dem schnellen Anstieg des Exportes und dem zunächst langsamer steigenden und dann rückläufigen Import fiel das Defizit in den nächsten 2 Jahren auf unter 3 Milliarden Dollar, was eine Verringerung um 40% bedeutet.

(Folgende Tabelle aus der Cumhuriyet weist keine Quellenangabe aus, tid)

Außenhandel der Türkei			
	1980	1981	1982
Export	2.910	4.703	5.746
Import	7.910	8.933	8.734
Außenha. Defizit	4.999	4.231	2.988
Export-Index	100	162	197
Import-Index	100	113	110

(Angaben in Mio. Dollar)

Milliyet vom 9.3.1983

Veränderungen in den Vorlagen für die Gesetze Nr. 274 und 275

- *Die Vollversammlungen der Gewerkschaften bestehen aus mindestens 250, höchstens 500 Delegierten
- *Gewerkschaftsführer in der Zentrale müssen mindestens 10 Jahre, Gewerkschaftsführer von Abteilungen mindestens 3 Jahre Arbeiter sein
- *Studenten können nicht Gewerkschaftsmitglieder werden
- *Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft erfolgt über den Notar
- *Gewerkschaften können auf Beschluß des Ministerrates Mitglied einer internationalen Institution werden
- *Verbot politischer Betätigung
- *Gewerkschaften oder Föderationen dürfen sich nicht gewerksmäßig betätigen
- *Die Zahl der Arbeitszweige wird auf 24 erniedrigt
- *In einer Firma darf in der gleichen Periode nicht mehr als ein Tarifabkommen abgeschlossen werden
- *Die Tarifverhandlungen beginnen 120 Tage vor Ablauf des Tarifabkommens
- *Eine Gewerkschaft hat das Recht auf Tarifverhandlungen in einer Firma, wenn sie 10% der Mitglieder des Arbeitszweiges, dem diese Firma angehört, organisiert und wenn 51% der Arbeiter in der betreffenden Firma Mitglied der Gewerkschaft sind
- *Eine der beteiligten Seiten kann die Beteiligung eines Schiedsmannes fordern, wenn 30 Tage nach Beginn der Tarifverhandlung keine Einigung erzielt ist
- *Streik wird an einige Bedingungen gebunden
- *Der Ministerrat kann Streiks, die die allgemeine Gesundheit oder die nationale Sicherheit stören mit zwei Monaten Frist aussetzen
- *Die Obere Schiedsstelle wird neu organisiert

Hürriyet vom 5.3.1983

Exportziel in Gefahr

Zu den Worten von Präsident Kenan Evren, daß für die Entwicklung 7-8 Milliarden Dollar Export noch wenig seien, bemerkten Exporteure: "Wir schließen uns den Wünschen unsere verehrten Staatspräsidenten an, aber leider kann nicht einmal der anvisierte Export in Höhe von 7,1 Milliarden Dollar verwirklicht werden."

Die Exporteure brachten vor, daß es äußerst schwer sei, die für das Jahr 1983 vorgesehene Exporthöhe von 7,1 Milliarden Dollar zu verwirklichen. Sie verwiesen auf die sich zunehmend verschärfende Krise in der Weltwirtschaft sowie auf mangelnde Maßnahmen des Anreizes und bürokratische Hindernisse.

Cumhuriyet vom 3.3.1983

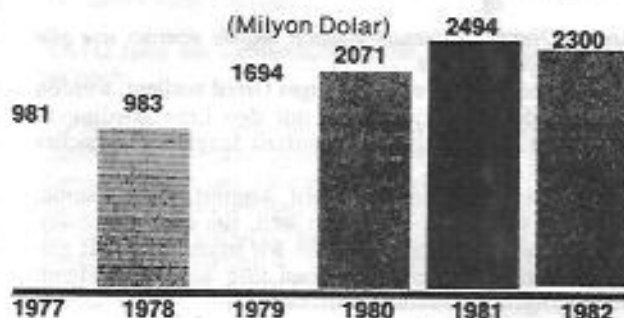
In den Freihandelszonen ist der Lebensstandard der Arbeiter sehr niedrig

Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften hat zu den Lebensbedingungen in Freihandelszonen einen Bericht erstellt. Hier finden folgende Feststellungen Platz:

- In den Freihandelszonen werden Arbeiten durchgeführt, die monoton sind und keine Sicherheit und Können verlangen
- Die Löhne sind verglichen mit den Bedingungen des Landes in der Umgebung gering
- Die Arbeitssicherheit in den Freihandelszonen ist sehr gering
- In der Freihandelszonen beruht die Arbeitsdisziplin auf Autorität. Aus diesem Grunde werden hauptsächlich Arbeiterinnen eingesetzt, weil sie sich anpassen.
- Der Lebensstandard in den Freihandelszonen ist sehr niedrig
- In den Firmen der Freihandelszonen werden die Grundzüge der gesetzlichen Sicherheit nicht angewandt
- Die Gewerkschaftsrechte werden niedrig gehalten. Internationale Gesellschaften fordern häufig das Nichtvorhandensein von Gewerkschaften
- Die Grundlinien der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), Arbeitsbedingungen und gewerkschaftliche Rechte werden nicht eingehalten

Rapor vom 21.2.1983

Arbeiterdevisen



'Die besondere Seite'

WDR II vom 01.03.1983 (Mittagsmagazin)

Interview mit Heinz Oskar Vetter

SP.: 'Können Sie etwas zu den Maßnahmen sagen, die die neue Regierung gegen die Gewerkschaft in der Türkei vorhat?'

V.: 'Ja, ich meine, man müßte wissen, daß die Türkei sich jetzt in einer kritischen Phase befindet. Wenn man bisher noch je nach gusto Verständnis hätte haben können, dann läuft das, was jetzt beginnt, so ungefähr als Neubeginn einer demokratischen Entwicklung in der Türkei und hier werden m.E. die entscheidenden Fehler gemacht.'

SP.: 'Wenn wir zunächst einmal auf den Prozeß gegen die Gewerkschafter eingehen. Ist es denn gesamt aus ihrer Sicht gesehen, sie haben sich 3 Tage in der Türkei aufgehalten, ein rechtsstaatliches Verfahren oder ein Schauprozeß?'

V.: 'Ich würde das glatt als Schauprozeß bezeichnen. Daß die Anklage, die erhoben worden ist -Geheimbündelei, Sturz der Regierung und dann die Beantragung der Todesstrafe- das ist für mich ein Schauprozeß, der je länger er dauert, immer mehr zu einem Instrument für die innenpolitische Situation der Türkei wird.'

SP.: 'Dieses Verfahren ist ja noch nicht zu Ende. Sehen Sie schon ein Ende?'

V.: 'Ich muß feststellen, daß schon 11 Angeklagte aus diesem Prozeß entlassen worden sind und an dem Tag, wo ich da war, auch weitere drei aus dem Prozeß entlassen worden sind.'

SP.: '... ohne Bestrafung?'

V.: 'Nein, die Anklage wird noch aufrechterhalten, aber es hat sich bei ihnen wahrscheinlich herausgestellt, daß bei ihnen kein Fluchtverdacht und auch der Tatbestand, mit dem sie angeklagt sind, sich nicht erhärtet hat. Nun, wie geht es da zu? In der Pause, als Angehörige und die Gefangenen da mal kurz miteinander Fühlung nahmen, da versuchten wir auch mal etwas über die Barriere mit den Verschiedenen, die wir kannten, zu sprechen. Das hat dazu geführt, daß ich sofort aus dem Gericht geführt wurde wegen Verstoßes gegen die Prozeßordnung.'

SP.: 'Sie haben ja eben schon gesagt, es bestünde eine Verbindung zu der innenpolitischen Situation in der Türkei und da haben sie durchaus massiv zu einem Widerstand aufgerufen. Was die Regierung mit den neuen Gewerkschaften vorhat, entspricht ja nicht dem, was man unter einer freien Gewerkschaft verstehen kann.'

V.: 'Man hat jetzt Entwürfe über ein Parteigesetz, Gewerkschafts- und Tarifgesetz herausgegeben. Wenn man das so liest und wenn das so bleiben würde, dann würden die elementarsten Voraussetzungen für eine gewerkschaftliche Existenz, für eine freiheitlich-demokratische gewerkschaftliche Existenz nicht mehr gegeben sein. Das muß ganz deutlich hier den Militärs in der Türkei gesagt werden: eine solche Gewerkschaft würden wir international nie anerkennen.'

Auszug aus dem Haftentlassungsgesuch von Abdullah BASTURK vom 15.12.1982

Ann.: Dieses Entlassungsgesuch wurde ebenso wie alle vorher abgelehnt, tid.

Obwohl noch kein rechtskräftiges Urteil vorliegt, werden die geforderten Todesstrafen mit den Lebensbedingungen in der Untersuchungshaftanstalt langsam aber sicher vollstreckt.

Der Rauch von 3 Schornsteinen kommt in die Räume, in denen wir mit 18 Personen sind. Bei dem 60-minütigen Hofgang pro Woche müssen wir noch mehr Gift einatmen. Neben den giftigen Gasen sind auch die anderen Bedingungen gesundheitsbedrohend: pro Woche gibt es

2,5 - 3 Minuten Badewasser, das Geschirr muß mit kaltem Wasser gewaschen werden.

Das Beleuchtungssystem verdirbt die Augen. Patienten für den Augenarzt kommen auf eine Warteliste mit mehr als 200 Personen und sind in 9 Wochen an der Reihe. Die normalen Arztvisiten finden einmal in 10 Tagen oder in einer Woche statt, indem der Arzt durch das Guckloch in das Gesicht der Gefangenen schaut. Die verschriebenen Arzneimittel werden nicht rechtzeitig besorgt.

Auf der anderen Seite passiert es im Gefängnis häufig, daß wir durchsucht werden, von hinten angekettet und beleidigt werden. Es ist sehr schwer, ehrenverletzende Worte und Verhaltensweisen zu erdulden.

Untersuchungshaft bedeutet nicht, daß der Körper, Geist und die seelische Gesundheit des Untersuchungshäftlings leiden müssen. Allerdings ist es unter den Lebensbedingungen der Untersuchungshaftanstalt, in die wir gebracht wurden, fraglich, ob wir die Verkündung des Urteils noch erleben oder nicht.

Der volle Text dieses Antrags ist gegen 1,50 DM in Briefmarken bei der ath erhältlich.

amnesty international vom 17.02.1983

Folter an Hüseyin Yildirim

ai received reports early in December 1981 that H. Yildirim was being tortured and appeals on his behalf were sent at that time to the Martial Law Command in Diyarbakir with copies to Turkish diplomatic representatives in various countries. On 11 February 1982 the Turkish ambassador in London wrote to a member of ai who had sent him a copy of her letter to the Martial Law Commander: 'I would further like to inform you that Mr Yildirim was detained on account of his illegal activities directed against the unity of the state and not as a result of his exercising his profession within the framework of the law.' The ambassador did not refer to the allegations of torture but expressed his regrets at the reference to Mr Yildirim as a 'Kurdish lawyer' and stated '... no Turkish citizen may be defined as 'Kurdish' On 11 October 1981 H. Yildirim was taken from the prison, where he had gone to help a father find his son, to the Political Branch of Police Headquarters where he was held for three days in solitary confinement. ... He replied that he was a lawyer, at which he was hit in the face and stomach and fastened to a wooden cross naked. He was given electric shocks on his ears, tongue and penis. He was questioned about PKK, asked why he acted as a lawyer for members of PKK and asked not to do so in the future. He fainted and when he regained consciousness found himself lying in water. Five or six men beat the soles of his feet (falaka). He fainted several times and does not know how long the falaka continued. ...

He was twice examined by three military doctors who said that he should be taken to hospital, but this was not allowed. The only medicine given to him was aspirin. ... On 6 November 1981 Hüseyin Yildirim was taken to court and charged under Article 125. ... After April 1982 his treatment improved -he thinks because of outside interest in his case. He was actually released on 14 July, but his trial continued. After his release he was under constant surveillance and repeatedly harassed. He was advised to leave Turkey and did so on 11 October 1982.

Der komplette Text (in Englisch) kann ebenfalls bei der ath für 1.- DM in Briefmarken angefordert werden (5 Seiten).

Internationale Beziehungen

Cumhuriyet vom 8.3.1983

„Gewinnt das Vertrauen der Kapitalmärkte“

Der Vorsitzende des OECD-Türkei-Konsortiums, Rolf Geberth, gab der Zeitung Cumhuriyet ein Interview.

Auf die Frage, wie er die Lage der türkischen Wirtschaft bewerte, sagte Rolf Geberth: *„Das Wichtigste ist die unveränderte Fortführung von 4 grundlegenden Themen in der Ausrichtung der türkischen Wirtschaftspolitik. 1. Die Mobilisierung der Kräfte des Marktes unter Anwendung des Programmes vom Januar 1980, 2. Die Politik hin zur Öffnung für den Außenwettbewerb, die die Wettbewerbsmöglichkeit beim Export gewährleistet, 3. Der Kampf gegen die Inflation, 4. Die Politik des 'Gürtel-enger-Schnallens' in Zusammenhang mit der Verringerung des Zahlungsbilanzdefizits.“*

Die Einsetzung dieser neuen Politik im Jahre 1980 führte zur Erreichung schneller und positiver Ergebnisse. Noch dazu wurde dies verwirklicht zu einer Zeit der Krise im Weltmaßstab. Von daher können wir, wenn wir auf 1981 und 1982 schauen, von einem wirklichen Erfolg sprechen. Auch die Perspektiven für das Jahr 1983 machen zuversichtlich. ...

... All dies führte zu Entwicklungen in Richtung auf eine bedeutende Verringerung der Bilanz der laufenden Ausgaben. Im Jahre 1981 betrug das Defizit hier 2 Milliarden Dollar. Im Jahre 1982 fiel diese Zahl auf 1 Milliarde Dollar. 1983 wird es mit großer Wahrscheinlichkeit eine halbe Milliarde Dollar betragen.

Bei den Preisen schätzen wir, daß die Inflationsrate, die unter 30% fiel, weiter zurückgehen wird auf 25% oder sogar auf 20%.“

Auf die Frage, wie die Türkei in den nächsten Jahren die notwendigen Kredite sichern kann, antwortete Rolf Geberth: *„Bei Krediten gibt es für die Türkei vier grundlegende Quellen: 1. Die Hilfskredite zu weichen Bedingungen, die die OECD-Staaten gewährleisten, 2. Die Kredite der Weltbank, 3. Langfristige, mehr oder weniger an die Bedingungen gebundene Exportkredite, die von OECD-Staaten garantiert wurden, 4. Reine Handelskredite, die von den Euromärkten oder anderen Kapitalmärkten zu erhalten sind. ...*

... Die Kredite der Weltbank werden in den nächsten Jahren ohne große Veränderung weiterlaufen. Nach meiner Schätzung wird die Türkei weiterhin den Kreditfluß aus diesen 3 Quellen gewährleisten, d.h. Hilfskredite, Kredite der Weltbank und langfristige Exportkredite. Diese Kredite werden in der vor uns liegenden Periode 1,2 - 1,4 Milliarden Dollar betragen. Dies bedeutet, daß die Türkei ab 1985 von den Märkten für Handelskredite 1 Milliarde Dollar sichern muß. Deshalb muß eines der wichtigsten Ziele der türkischen Wirtschaftspolitik sein, das Vertrauen der internationalen Kapitalmärkte von neuem zu gewinnen. ...“

Milliyet vom 7.3.1983

„Die EG setzt Embargo für türkische T-Shirts“

Es wird mitgeteilt, daß die EG bis zum Ende des Jahres 1983 ein Embargo für türkische T-Shirts einführt.

Ein zuständiger Herr teilte mit, daß dieser Beschluß gefaßt wurde, weil die Türkei in den ersten zwei Monaten in Großer Zahl T-Shirts exportierte und damit in der Gemeinschaft eine Panik hervorrief.

Die zuständigen Kreise teilten mit, daß in den Ländern der EG die Arbeitslosigkeit steige und besonders im Textilbereich eine sehr schlechte Entwicklung da sei. Der

Embargo-Beschluß wird mit Wirkung vom Donnerstag in Kraft treten.

Cumhuriyet vom 7.3.1983

Atomgetriebene Schiffe werden zum ersten Mal in die Türkei kommen

Es wird mitgeteilt, daß für den Fall, daß Flugzeugträger, die der 6. Flotte der Vereinigten Staaten angeschlossen sind, in türkischen Häfen einlaufen, zum ersten Mal atomgetriebene Schiffe in türkischen Häfen vor Anker gehen. Den Informationen zufolge ist einer der empfindlichen Punkte des Wunsches der 6. Flotte der Vereinigten Staaten, die sich im Mittelmeer befindet, in türkischen Häfen zu ankern, der Atomtrieb eines Teils der Flugzeugträger.

Für das Ankern der atomgetriebenen Flugzeugträger wird es in den Häfen notwendig sein, besondere Maßnahmen zu ergreifen.

Tercüman vom 5.3.1983

Hilfeabkommen mit Deutschland über 394 Millionen Mark wurde unterzeichnet

Das Abkommen über finanzielle Zusammenarbeit für die Projektfinanzierung im Rahmen der OECD-Sonderhilfe der Bundesrepublik für die Türkei wurde von Finanzminister Kafaoglu und dem deutschen Botschafter Dirk Oncken unterzeichnet.

Kafaoglu stellte fest, daß das Abkommen für die folgenden Projekte einen Teil der Auslandsfinanzierung sichere: Wärmekraftwerke Afsin, Elbistan, Seyitömer 4, Orhaneli sowie 7 Zementfabriken.

Der Kredit über 394,4 Millionen Mark läuft über 30 Jahre (10 Jahre ohne Rückzahlung) und wird mit jährlich 2% verzinst.

Tercüman vom 4.3.1983

Islamische Kreditbank gewährte Kredit über 25 Millionen Dollar

Finanzminister Kafaoglu, der von der 7. Gouverneursversammlung der Islamischen Kreditbank zurückkehrte, teilte mit, daß die Islamische Kreditbank für den Import von Rohöl einen Kredit in Höhe von 25 Mio. Dollar zur Verfügung gestellt hat.

Cumhuriyet vom 3.3.1983

Die Hilfe der EG wurde verschoben

Man teilte mit, daß die vorgesehene Hilfe der EG für die Türkei auf Mai oder Juni verschoben wurde.

Der derzeitige Präsident des Ministerrates, der Aussenminister der Bundesrepublik Deutschland, Hans Dietrich Genscher, stellte fest, daß die vorgesehene Hilfe fürs Erste eingefroren sei. Man wolle warten bis zum Erscheinen der Gesetze im Zusammenhang mit den Wahlen in der Türkei.

Tercüman vom 1.3.1983

NATO fand die Lohnerhöhung der Oberen Schiedsstelle zu hoch

Im Namen der Kommandantur der südosteuropäischen Streitkräfte der NATO fand der Arbeitgeber 'NATO' die Lohnerhöhung der Obersten Schiedsstelle für die in der Türkei beschäftigten Arbeiter zu hoch und teilte mit, daß sie die Lohnerhöhung nicht durchführen könne. In dem Beschwerdeschreiben an die Oberste Schiedsstelle wurde behauptet, daß diese Lohnerhöhung das Entlohnungs-

system der bei der NATO beschäftigten Arbeiter in anderen NATO-Ländern stören würde.

Hürriyet vom 2.3.1983

Genscher: "Die Türkei braucht eine freundschaftliche Geste von uns"

Die Außenminister der EG-Staaten haben bei ihrem Treffen über politische Zusammenarbeit in Bonn die Beziehungen zur Türkei besprochen. Genscher bestand darauf, daß die Türkei eine freundschaftliche Geste brauche. Trotz der oppositionellen Haltung einiger Mitgliedsländer drängte er darauf, den Restbetrag von 29 Mio. Dollar Kredit aus dem Fonds für besondere Hilfe freizugeben.

Hürriyet vom 28.2.1983

Amerika räumt die Stützpunkte in Griechenland

Die Reagan-Administration beschloß, die amerikanischen Stützpunkte in Griechenland in 5 Jahren aufzulösen, nachdem Papandreu bei Verhandlungen auf einer gewissen Höhe der Militär- und Wirtschaftshilfe sowie auf einer Garantie für seine östlichen Grenzen zur Türkei bestand. Aus sicheren diplomatischen Kreisen in Athen wird bestätigt, daß die NATO-Stützpunkte in der Türkei in den nächsten 5 Jahren Zug um Zug ausgebaut und verstärkt werden. Parallel dazu werden die Bemühungen zur Modernisierung der türkischen Streitkräfte beschleunigt. In 5 Jahren werden dann die Aufgaben der Stützpunkte in

Tercüman vom 4.3.1983

Stellvertretender sowjetischer Außenminister Kornienko kam unerwartet in die Türkei

Der stellvertretende Außenminister der Sowjetunion traf gestern abend um 21.50 Uhr unerwartet in der Türkei ein. Zwei Tage zuvor hatte er Ankara mitgeteilt, daß er die Türkei besuchen und über internationale Probleme sprechen wolle. Das Außenministerium gab den Besuch gestern morgen bekannt und stellte fest, daß der Wunsch nach einem Treffen von der Sowjetunion gekommen sei. Man beschäftigte sich mit Themen, die die beiden Staaten interessieren.

In diplomatischen Kreisen werden die Gründe für den unerwarteten Besuch in der geplanten Stationierung der Pershing II Raketen in der Bundesrepublik. Sollte die Stationierung verwirklicht werden, so könnte es auch sein, daß in der Türkei solche Raketen stationiert würden. Dies beunruhigt die Sowjetunion ernsthaft.

Demokratisierung

Milliyet vom 24.02.1983

In Izmir starben mehr Kinder

In sieben Monaten des letzten Jahres verstarben in Izmir 1.891 Kinder an Darminfektionen, Versagung der Atemwege und Gelbsucht. Von den Verantwortlichen wurde darauf hingewiesen, daß neben einer nicht ausreichenden Ernährung auch das Spielen der Kinder in den Kanalisationswässern der Elendsviertel mit zu den Gründen für diese Krankheit gehören.

Tercüman vom 03.03.1983

Das Wahlgesetz ist zur Hälfte fertig

Bei der Erarbeitung des Wahlgesetzes achtet die Kommission auch auf Beispiele aus Europa. Bisher hat man

schon folgende Grundsätze festgelegt:

1. Die Wahl der Abgeordneten erfolgt in geheimer Wahl und offener Auszählung.
 2. Die Anzahl der Abgeordneten beträgt 400.
 3. Jeder Bürger, der das 30. Lebensjahr vollendet hat, kann Abgeordneter werden.
 4. Beamte können erst nach Austritt aus dem Dienst Abgeordnete werden.
- Derzeit wird darüber diskutiert, wieviele Abgeordnete aus den einzelnen Provinzen entsandt werden sollen.

Cumhuriyet vom 05.03.1983

Evren: In der Nato bringen wir die größten Opfer

In einem Interview mit der Zeitung "Washington Times" hat sich der Staatspräsident Kenan Evren nicht gegen eine Stationierung der Nuklearflugkörper auf türkischem Boden ausgesprochen, aber die Ansicht geäußert, daß diese Frage derzeit lediglich für die 5 europäischen Länder anstünde. Er sagte aber ferner, daß die Türkei wegen ihres Nachbarn, der Sowjetunion, auf der Hut sein müsse.

Staatspräsident Kenan Evren gab an, daß die Türkei innerhalb der NATO die größten Opfer bringe. Sie habe die zweitstärkste Armee im Bündnis und brauche jedes Jahr eine Militärhilfe in Höhe von 1 Milliarde Dollar. In Bezug auf die allgemeinen Wahlen sagte er, daß derzeit die gesetzliche Grundlage dafür geschaffen werde und er gute Hoffnungen habe, daß die allgemeinen Wahlen im Herbst abgehalten werden und das Parlament seine Arbeit aufnehmen könne.

Cumhuriyet vom 08.03.1983

Die Gesetzesentwürfe für Vereine und Versammlungen sind beim Ministerpräsidium

Die Gesetzesentwürfe für Vereine und Versammlungen geben der Regierung die Vollmacht, Versammlungen und Demonstrationen zu verschieben. Im Artikel 34 der Verfassung wird festgelegt, daß Demonstrationen und Versammlungen ohne Voranmeldung durchgeführt werden können. Der Gesetzesentwurf sieht aber vor, daß solche Veranstaltungen wenigstens 48 Stunden vor Beginn bei dem entsprechenden Verwaltungsgericht angemeldet werden müssen. Die maßgeblichen Grundlagen für die Bildung von Vereinen ist ebenfalls schon in der Verfassung festgelegt worden.

Cumhuriyet vom 08.03.1983

Die Staatssicherheitsgerichte werden sich auch mit Vergehen gegen das Tarif-, Streik und Aussperrungsrecht beschäftigen

Nach dem Gesetzesentwurf zur Einrichtung von Staatssicherheitsgerichten wird in den acht Provinzen Adana, Ankara, Erzincan, Istanbul, Izmir, Kayseri, Konya und Malatya je ein solches Gericht eingerichtet. Diese 8 Staatssicherheitsgerichte sind dann für alle entsprechenden Vergehen in den 67 Provinzen der Türkei zuständig. Zu den Straftaten, mit denen sich die Staatssicherheitsgerichte auseinandersetzen haben, gehören:

* Alle Vergehen, die eine Art illegaler Geschäfte (Schmuggel) betreffen.

* Alle Vergehen, die die innere und äußere Sicherheit, seine Souveränität und Einheit bedrohen.

* Alle Vergehen, die auf das Nachrichtensystem des Landes gerichtet sind.

* Alle Vergehen, die das Versammlungsrecht, Tarif-, Streik- und Aussperrungsrecht betreffen. Solche, die das Waffengesetz betreffen.

Als Letztes sind alle diejenigen Straftaten an die Staatssicherheitsgerichte zu verweisen, in denen jemand Unter-

stützung für die Vergehen in den vorgenannten Punkten gewährt hat.

Menschenrechte

a) HINRICHTUNGEN

Seit dem 12.09.1980 wurden in der Türkei 41 Menschen hingerichtet.

b) TODESSTRAFEN

03.03.1983 Hüseyin Kaymaz
Der rechtsgerichtete H. Kaymaz wurde wegen Mordes an Linken in Corum zum Tode verurteilt.
05.03.1983 A. Vehbi Paksoy
05.03.1983 Ihsan Zafer
05.03.1983 Cengiz Ozkan
05.03.1983 Mustafa Yesim
Diese 4 Personen gehören der Organisation Kurtulus an und wurden in Gölçük zum Tode verurteilt.

Die Zahl der vor den Gerichten der Türkei seit dem 12.09.1980 zum Tode verurteilten Personen hat sich damit auf 175 erhöht.

c) ANTRÄGE AUF TODESSTRAFE

25.02.1983 25 Rechte in Istanbul

Seit dem 12.09.1980 wurde 5.280 mal die Todesstrafe verlangt.

d) PROZESSE

Cumhuriyet vom 26.02.1983

Im Verfahren gegen Günay und Ates war der ehemalige Gouverneur von Ordu Zeuge

In dem Prozeß gegen die ehemaligen Abgeordneten der CHP aus Ordu, Ertugrul Günay und Temel Ates, vor dem Militärgericht Nr. 3, trat der ehemalige Gouverneur von Ordu, Resat Akkaya, als Zeuge auf. Er bezeichnete die Punktoperation gegen Fatsa als Polizeitaktik und sagte, daß eine Reihe von CHP-Abgeordneten danach zu ihm gekommen seien und ihm gesagt haben, daß die Prak-

tiken in Fatsa eine gute Volksherrschaft gewesen sind. Auf die Frage, ob der Brief an den Oberst Türkes von ihm stamme, antwortete Akkaya, daß er den Brief geschrieben, ihn aber nicht an Türkes weitergeleitet habe.

Tercüman vom 27.02.1983

8 Funktionäre von Köy-Koop wurden zu insgesamt 52 Jahren verurteilt

Der Prozeß gegen 8 Funktionäre der Köy-Koop (Dorfgenossenschaft) ging vor dem Militärgericht in Ankara zu Ende. Gegen den ehemaligen Abgeordneten der CHP aus Adana, Nedim Tarhan, wurde ebenso wie für 3 weitere Angeklagte eine Haftstrafe von 8 Jahren ausgesprochen. Die anderen Angeklagten, denen ebenfalls Aktivitäten zur Errichtung einer marxistisch-leninistischen Ordnung vorgeworfen wird, wurden Haftstrafen von je 5 Jahren ausgesprochen.

Cumhuriyet vom 28.02.1983

Aussagen von dem Journalisten Roth und zwei Türken wurden angefordert

Nachdem gegen den deutschen Journalisten Jürgen Roth,

A. Kamil Taylan und O.Sakip Torfilli vor dem Strafgericht in Istanbul ein Verfahren wegen 'Aktivitäten im Ausland, um das Ansehen des Staates im Ausland zu zerstören und dem nationalen Interesse Schaden zuzufügen' eröffnet worden war, wurde nun an das zuständige Strafgericht in Deutschland der Antrag auf Einholung der Aussagen geschickt. Eine Übersetzung des entsprechenden § 140 wurde an das Gericht geschickt, das die Aussagen vor dem 8. September 1983 zurückschicken soll, da dann der Prozeß weitergeht.

Cumhuriyet vom 10.3.1983

Selahattin Kilic freigesprochen

Mit Mehrheit entschied das Hohe Ehrengericht in Ankara auf Freispruch für den ehemaligen Minister S. Kilic und 6 Freunde. Wegen Mißbrauch des Amtes wurden der Staatssekretär Teoman Güzey und der Direktor für den Bahnbau, Ohay Fehmi Kürçeren, zu je 8 Monaten Freiheitsstrafe und 3.000 Lira Geldstrafe verurteilt.

Cumhuriyet vom 01.03.1983

Die Angeklagten des TIP-Verfahrens Nr. 3 kamen nicht zur Verhandlung

Der Prozeß gegen 34 weitere Angehörige der Arbeiterpartei der Türkei (TIP) aus der Provinz Adiyaman sollte gestern in Istanbul begonnen werden. Es wurde aber festgestellt, daß 24 von ihnen in dem Militärgefängnis von Corum inhaftiert sind und nicht zum Prozeß erscheinen konnten. Da das Verfahren aber Zuchthausstrafen vorsieht, wurde der Prozeß auf den 14. März vertagt. An diesem Tag sollen die Angeklagten vor Gericht erscheinen. Zusammen mit den zusätzlichen Angeklagten hat sich die Zahl der im TIP-Verfahren Angeklagten auf 172 erhöht. Gegen die Leiter der Partei aus Amasya werden wegen Gründung einer illegalen Organisation, Leitung derselben, unerlaubter Waffenbesitz, Totschlag und Waffenschmuggel Haftstrafen zwischen 5 und 36 Jahren gefordert.

Milliyet vom 02.03.1983

21 Todesstrafen sollen bestätigt werden

Die Untersuchung der Vorfälle von Kahramanmaraş vom 19.-25. Dezember 1978 vor dem militärischen Revisionsgericht hat begonnen. Der militärische Staatsanwalt hat in 21 der 22 Todesstrafurteilen auf eine Bestätigung plädiert. 715 der 738 Angeklagten sollen ebenfalls die alte Strafe (bzw. Freispruch) erhalten. Bei 23 Angeklagten hat der Staatsanwalt auf erneute Verhandlung wegen mangelhafter Ermittlung erkannt.

Die an der Verhandlung teilnehmenden Anwälte Nusret Senem und Ali Kalan sagten, daß der Anfang der Auseinandersetzung der Überfall auf den Beerdigungszug der 2 linken Lehrer gewesen sei und die Beschuldigten bei diesem Vorfall nicht nach § 171 sondern 149 bestraft werden müssen. Die Nebenkläger forderten, daß auch die Verbindungen zur Organisation untersucht werden müssen.

Tercüman vom 02.03.1983

Gegen Aslan Baser Kafaoglu werden 3 Jahre Haft gefordert

Der Bruder des Finanzministers Kafaoglu, Aslan Baser Kafaoglu, wird jetzt aufgrund der §§ 159/1 und 173/8 angeklagt. Er hatte am 20.05.1980 einen Artikel in der Zeitung Demokrat veröffentlicht und sich darin mit einem Interview von Mustafa Üstündağ auseinandergesetzt. Gegen ihn wird eine Haftstrafe von bis zu 3 Jahren gefordert.

Weiter auf Seite 7

The Economist, February 26, 1983:

TURKEY: Thou shalt teach only Kemalism

FROM OUR ANKARA CORRESPONDENT

An angry argument has erupted in Turkey over the arbitrary sacking of some 20 leading university professors in the past three weeks by the military government, apparently because they held left-wing views. The jobs of another 80 are thought to be at risk. Sympathy for the victims, who have no right of appeal, has spread to circles hitherto sympathetic to the generals.

The reasoning behind the government's action is simple: with the restoration of parliamentary government only nine months away, the generals want to hand over a clean slate to their civilian successors—including universities free of all teachers suspected of holding radical political views incompatible with Kemalism (the westernising philosophy of Kemal Ataturk, the founder of modern Turkey). That means free of Marxists and the more strident social democrats as well as extreme right-wingers. The generals' eventual aim is to instill Kemalism into the minds of the next generation of university students as an antidote to communism, fascism or other extremism.

At the centre of the current storm is the controversial faculty of political sciences in Ankara. Five of its leading professors, including its dean, have been dismissed in the latest purge, and many others have resigned over the past few months merely to avoid being sacked. Further sackings and resignations are believed to be imminent.

One case in particular promises to become controversial—that of Professor Mete Tuncay, who received his dismissal notice 10 days ago. He is about to stand trial for allegedly propagating communism in his book, now banned, "New Light on the Old Left". Some of the research for this work (which deals with the original Turkish Communist party of 60-odd years ago) was carried out in Moscow, which the professor visited in 1980 because, he says, only the Russians had the relevant historical documents. He reckons that the mere transcription of these documents has been interpreted by the generals as proof of his pro-communist leanings.

Professor Tuncay admits to having been influenced by Marxist doctrine, but claims to be essentially a social democrat—a view which is typical of most of the ousted professors. All vehemently deny that they incited radical left-wing students to resort to violence in the turbulent 1970s. Nevertheless, during this period many campuses, including the Ankara faculty of political sciences, undoubtedly were nurseries for terrorists.

All sane observers agree that the bad old days of the 1970s must never return. But does that justify the current purge of the left-wingers? Many doubt it. Before the military coup politicisation of the universities was carried to outrageous lengths. Now, under the generals, depoliticisation is also being carried to extremes.

Entwicklung und Zusammenarbeit, 3/1983:

Siegfried Lengl, Staatssekretär im BMZ, bekräftigte in seiner Rede vor den Arbeitnehmerschaften in Ankara das Interesse der Bundesregierung an der Türkei als einem „politisch und wirtschaftlich stabilen Partner im Südosten Europas“. Die Bundesregierung vertraue darauf, daß die türkische Regierung den Prozeß der politischen Stabilisierung, der Demokratisierung und der Verwirklichung der Menschenrechte entschieden vorantreiben werde. Lengl würdigte auch die Ergebnisse des Reintegrationsabkommens, das vom BMZ 1983 mit rund 35 Mio DM gefördert wird. Damit sollen geeignete Investitionsmöglichkeiten für Gesellschaften und Einzelpersonen festgestellt und u.a. die betriebswirtschaftliche und technische Beratung der geförderten Projekte ausgebaut werden.

Turkish Daily News (Ankara), 2.2.1983:

Turkey will not benefit from drop in oil prices

Turkish Daily News

ANKARA—Turkey will not benefit from the drop in crude oil prices, reliable sources in the Turkish Capital said Tuesday.

"Turkey signed protocols and agreements in 1982 for its crude oil purchases in 1983 at the prices obtaining at the time, and since the agreements and protocols are still binding, Turkey will continue importing crude at the old price," sources said.

"With the last agreement signed with Iran during the January 16-21 visit of Energy and Natural Resources Minister Fahir Ikel to the Persian Gulf country, Turkey completed all its contracts for oil purchases in 1983. With that agreement Turkey promised to purchase 5 million tons of Iranian crude oil at a price slightly less than the OPEC prices. However

because of transportation problems due to the ongoing Gulf War the cost of the Iranian crude to Turkey will be above the OPEC price, which is currently 34 dollars a barrel.

"On the other hand, Turkey has agreed with Iraq to import 14 million tons of Iraqi crude in 1983 at a price of 30 dollars a barrel. A final accord on an 11 million tons portion of the deal has been signed.

"Comparing this situation with the current 28 dollars a barrel price on the spot markets shows that Turkey is very unlikely to benefit from the drop in oil prices. Furthermore, Turkey has to import two million tons of Libyan crude on a rather different basis, because of that country's debts to Turkish contractors. In short, for the near future, Turkey will not

benefit from the drop in the oil prices," a ranking source said.

Meanwhile, viewing the issue from another angle, another reliable source commented that Turkey has to import oil apart from the agreed prices because of continuous devaluations of the Turkish lira against the dollar. The latest drop in oil prices on the spot markets will not stop new price hikes on petroleum products in Turkey.

"On the other hand, because Turkey will not be purchasing oil from the spot markets in 1983, it will continue to pay around 3.5 billion dollars for oil imports," the source said.

Cumhuriyet vom 03.03.1983

Anwalt in Haft

Der in Izmir in den Dev-Yol Verfahren tätige Anwalt Semih Ozay wurde in seinem Büro verhaftet und zum 1. Kommissariat gebracht. Wie zu erfahren war, wurde der Anwalt verhaftet, weil seine Ansichten zu der Einheitskleidung im Gefängnis von Buca von der Gefängnisleitung weitergeleitet worden waren.

Cumhuriyet vom 03.03.1983

Gegen den Chefredakteur der Milli Gazete wurde ein Verfahren eröffnet

Gegen den Chefredakteur der Milli Gazete, Hasan Karakaya, wurde ein Verfahren eröffnet, weil er für politische Interessen und zur Steigerung seines persönlichen Ansehens Propaganda betrieben haben soll. Ihm wird ein Verstoß gegen die §§ 163/4-5, 80, 173 und 36 zur Last gelegt. Das Verfahren soll am 17. März beginnen.

Cumhuriyet vom 03.03.1983

5 Angehörige von Dev-Sol verurteilt

Vor dem Militärgericht in Ankara wurden fünf Angehörige der Organisation Dev-Sol, Ahmet Kecici, Erdogan Tümer, zu zwei Jahren, Kemal Öztürk, Erdem Yilmaz und Rahmi Ozkan, zu je einem Jahr Haft verurteilt, weil sie Parolen geschrieben und Plakate aufgehängt hatten. Von dem Vorwurf der Organisationszugehörigkeit wurden sie freigesprochen.

Cumhuriyet vom 04.03.1983

Im Fatsa Dev-Yol Verfahren verweigerten 13 Angeklagte die Aussage

Das Verfahren gegen 759 Angeklagte von Fatsa THKP-C Dev-Yol ging vor dem Militärgericht Nr. 2 in Amasye weiter. 13 Angeklagte wurden zum Prozeß gebracht. Sie verweigerten die Aussage und forderten, daß alle Angeklagten in den Prozeß gebracht werden. Der Prozeß wurde auf den 8. März vertagt.

Hürriyet vom 06.03.1983

Im DISK-Verfahren wurden drei Angeklagte freigelassen

Im DISK-Verfahren vor dem Militärgericht Nr. 2 von Istanbul wurde die Haftentlassung für Mehmet Bekirogullari, Cemal Aslan und Ismail Caliskan angeordnet. Die Haftentlassung für Abdullah Bastürk wurde abgelehnt.

Cumhuriyet vom 08.03.1983

Statistische Angaben

Von der Ausrufung des Ausnahmezustandes bis zum Januar 1983 wurden 110 Personen zum Tode verurteilt und 23 von ihnen hingerichtet. Nach der Mitteilung sind inzwischen 60.055 Akten bei den Militärstaatsanwälten eingegangen und 40.573 zu den Gerichten gelangt. Ca. 30.000 Personen wurden zu verschiedenen Gefängnisstrafen verurteilt. Gegen 5.691 Personen finden derzeit noch Verfahren statt.

Wegen Vergehens gegen das Ausnahmezustandsgesetz Nr. 1402 befinden sich derzeit 737 Personen in Polizeigewahrsam, 14.801 Person in Untersuchungshaft und 7.435 Personen in Strafhaft. Von den insgesamt verurteilten 30.000 Personen gehören 4.717 der

Rechten, 14.778 der Linken und 1.150 den Separatisten an. Bei 9.355 konnte die Weltanschauung nicht ermittelt werden.

Milliyet vom 02.03.1983

Von Tercüman wurde Kabakli freigesprochen und Ilter zu 3 Monaten verurteilt

Der Journalist der Zeitung Tercüman Ahmet Kabakli, wurde vor dem Militärgericht Nr. 1 freigesprochen, während der Chefredakteur Aydogdu Ilter zu einer Freiheitsstrafe von 3 Monaten verurteilt wurde. Diese Strafe wurde dann in eine Geldstrafe von 9000 Lira verwandelt.

Milliyet vom 03.03.1983

Der Besitzer der Zeitschrift 'Demokratik Birlik' wurde zu 8,5 Jahren verurteilt

Der Besitzer der vor dem 12. September in Izmir erscheinenden Zeitschrift 'Demokratik Birlik', Ferhat Akdag, wurde wegen Kommunismuspropaganda zu 8 Jahren, 6 Monaten und 15 Tagen Zuchthaus verurteilt.

e) VERHAFTUNGEN

In Adana wurden 6 Angehörige der THKP/C-Devrimci Kurtulus zusammen mit ihren Waffen verhaftet. Unter ihnen befindet sich der Verantwortliche für die Südregion, Ali Sen, und der Verantwortliche für die Ägäis, Tamer Ör, sowie Kemal Bicak, Sadik Büyükkörü, Sait Durna und Cumali Sahin.

Milliyet vom 2.3.1983

In Bornova wurden 17 Personen bei einer Sitzung der Nurcus überrascht und festgenommen. Unter den Verhafteten ist der ehemalige Schulrat Aysal Aytac, sowie verschiedene Lehrer der Stadt.

Cumhuriyet vom 02.03.1983

Im Dorf Tekmen des Kreises Anamur wurden 17 Personen bei einer Sitzung der Süleymanci überrascht, die sie in einem Raum für Korankurse abhielten.

Cumhuriyet vom 04.03.1983

In Diyarbakir und Umgebung wurden 243 Militante gefaßt. Sie gehören folgenden Organisationen an: TKP:14, TKEP:12, TKPS:31, PUK:29, DDKD:22, TDKP:8, KURTULUS:1, IGD:12 und TKP-ML:9.

Günes vom 25.2.1983

f) FOLTER

Cumhuriyet vom 28.02.1983

Prozeß gegen 5 Beamte

In Ankara wurde ein Prozeß gegen 5 Sicherheitsbeamte eröffnet, denen Folterung an der Gefangenen von Partizan, Tülay Günday, vorgeworfen wird. Ahmet Civan, Nail Atalay, Haydar Özdemir, Ulfet Seker, Naci Polat sollen die Gefangene 34 Tage lang gefoltert haben.

Cumhuriyet vom 02.03.1983

Prozeß gegen Anwalt Halit Celenk

Das Verfahren gegen den Anwalt Halit Celenk und 2 Unteroffiziere ging weiter. In der Verhandlung am 23. Februar sagte der Angeklagte Ibrahim Kilic, daß sie die Gefangene aus dem C-Block des Militärgefängnisses

Einem Teil dieser Auflage liegt ein Informationsblatt des Junius-Verlages bei

Mamak geholt hatten und sie dann ihrem Anwalt gesagt habe, daß man sie in die Isoalitionszelle gesteckt habe. Darauf soll der Anwalt gesagt haben, daß sie durchhalten solle, er würde sie unterstützen. Nach dem Ablauf der Besuchszeit von 5 Minuten habe man das Gespräch beendet. Die Gefangene Fethiye Cetin sagte zu dem Vorfall, daß sie am 5.7.82 in die Isolationszelle gekommen sei und danach keinen Besuch der Verwandten mehr empfangen durfte. Nachdem sie dem Anwalt die Tatsache geschildert hatte, sei es zu einem Wortwechsel von 1-2 Minuten mit den Unteroffizieren gekommen. Danach habe sie eine Polizistin von dem Ort entfernt. Der als Zeuge geladene Anwalt Cetin Tekdogan, gab an, daß er an dem fraglichen Tag ebenfalls Gefangene besuchen wollte, sein Mandant aber noch nicht gekommen war. Auf Frage der Verteidigung sagte er, daß alle Gespräche mit den Anwälten grundsätzlich mitgehört werden.

Cumhuriyet vom 1.3.1983

Das Dev-Yol-Verfahren von Ankara

Im Dev-Yol-Verfahren von Ankara mir 582 Angeklagten meldete sich der Anwalt Muzaffer Özbayrak zu Wort und sagte, daß sein Mandant Turan Tantoglu nur deswegen angeklagt sei, weil er in einem Verfahren in Adana als Zeuge ausgesagt habe. Zusammen mit 10 weiteren Augenzeugen hatte er Davut Haskiris als Mörder des Studenten Hakan Yurdakul identifiziert. Später hatte er seine Aussage widerrufen.

Nach der Aussage des Anwalts ist der Widerruf der Beschuldigung nur durch Folter möglich gewesen. Dabei habe der Vetter des Mordverdächtigen, Mustafa Haskiris, der wegen Folgermordes an Z.A. Ceylan zu 14 Jahren verurteilt wurde und im Ausland vermutet wird, eine entscheidende Rolle gespielt. Jetzt werde sein Mandant mit Botendiensten für Dev-Yol beschuldigt.

h) HAFTBEDINGUNGEN

Günes vom 20.2.1983

Ansicht eines Experten

Prof. Dr. Burhanettin Noyan von der medizinischen Fakultät der Universität Istanbul begrüßte die Entscheidung des Justizministeriums, Psychiater und Sozialarbeiter in den Gefängnissen (Sondergefängnisse für politische Gefangene, tid) einzusetzen. Er machte darauf aufmerksam, daß bisher die Gefangenen in zivile Krankenhäuser überwiesen werden mußten und äußerte die Hoffnung auf ei-

nen direkten Kontakt zwischen Gefangenen und Psychiatern.

Günes vom 25.2.1983

Unter Todesstrafe Angeklagter starb in Haft

Der 55-jährige Zekeriya Erdogan, der wegen Vergewaltigung und Mord an seiner 12-jährigen Nichte vor der 1. Strafkammer in Adana angeklagt war, starb an einer Herzattacke.



IMPRESSUM

TÜRKEI INFODIENST DER ALTERNATIVEN TÜRKEIHILFE
V.i.S.d.P. und Verleger: Michael Helweg, Postfach 7088, 4900 Herford
Einzelpreis: 1,50 DM

Abonnement 6 Monate = 20,- DM, 1 Jahr = 40,- DM

Kündigung des Abos: Bei 6 Monaten = 6 Wochen vor Ablauf; Bei 1 Jahr = 3 Monate vor Jahresende

Wird das Abo nicht gekündigt, verlängert es sich automatisch um den vereinbarten Zeitraum

Konten: Michael Helweg, Postscheckamt Hannover, Nr. 3981 01-304, BLZ: 250 100 30

Alternative Türkeihilfe, Kreissparkasse Herford, Nr. 1 000 008 613, BLZ: 494 501 20

Der 'türkei-infodienst' erscheint 14-tägig